Nr. 80 • Oktober 2000

DIE GRÜNE MAMBA

Zeitung von B90/DIE GRÜNEN in München • Nachrichten aus Fraktion und Partei

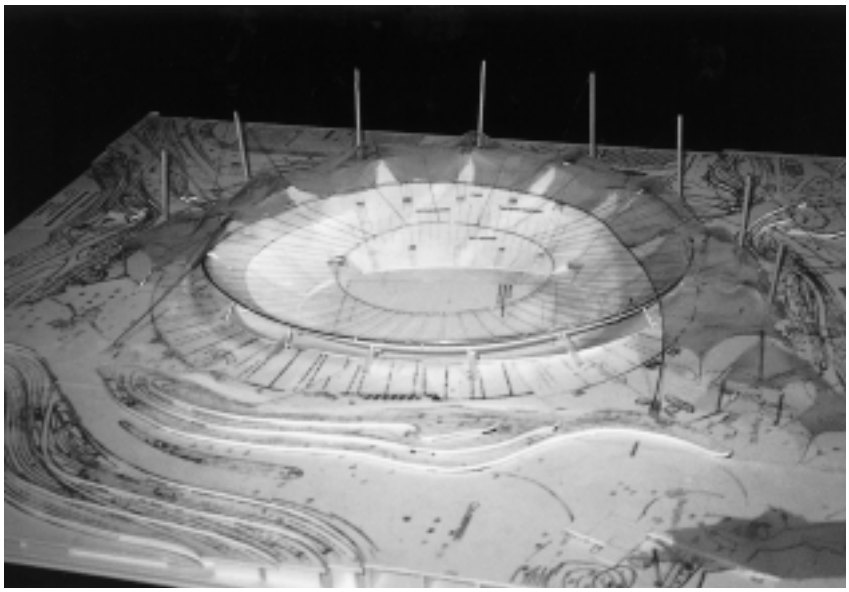
DISSENS ÜBER DIE „KONSENSVARIANTE“

Grüne lehnen neuen Entwurf zum Umbau des Olympiastadions mehrheitlich ab.

Die am 9. Oktober präsentierte „Konsensvariante“ trägt diesen Namen, weil FC Bayern und TSV 1860 sowie OB Christian Ude, sich zum erstenmal gemeinsam zu einer Umbauvariante bekannten. Doch es sieht eher so aus, als würde die Entscheidung über dieses Projekt im Dissens fallen.

Die „Konsenslösung“ ist genau genommen kein Umbau, sondern ein Neubau unter dem alten Zeltdach. Gegengerade und Kurven erhalten zwei Ränge, die Haupttribüne bleibt einrangig und behält weitgehend ihr heutiges Erscheinungsbild. Sie wird aber ebenfalls neu gebaut, etwas steiler und mit VIP-Logen. Die Leichtathletikbahn wird entfernt, die Zuschauer rücken näher ans Spielfeld. Gegengerade und Kurven werden von einem (wenigstens im Modell) filigranen Glasdach überdeckt, das an einem die Zuschauerränge umlaufenden Stahlseil aufgehängt ist.

Noch keinen Konsens gibt es bei der Finanzierung der „Konsenslösung“. Der Stadtrat hat bisher eine Summe von 140 Mio DM für den WM-gerechten Ausbau des Stadions bereit gestellt- dem haben auch Bündnis 90/Die Grünen - rosa liste zugestimmt (voraussichtlich wird sich diese Summe etwas erhöhen). Diese „WM-Variante“ stößt allerdings bei den beiden Hauptmietern, den Vereinen, auf Ablehnung, und auch Edmund Stoiber, Verwaltungsratsmitglied des FC Bayern, will diese Variante nicht bezuschussen.



Die Konsensvariante. Wer soll das bezahlen?

Die Konsensvariante soll nach Berechnungen der Architekten 385 Mio DM kosten. Realistische Schätzungen gehen jedoch von mindestens 450 Mio DM, vielleicht sogar 500 Mio aus. Der Freistaat Bayern hat einen Zuschuss von 50 % des städtischen Finanzierungsanteils zugesagt, maximal aber 100 Mio DM. Selbst wenn also die Stadt ihren Finanzierungsanteil deutlich erhöht (etwa auf 200 Mio, wie OB Ude vorschlägt, um die volle Summe von Freistaat einzustreichen) bleibt noch eine beträchtliche Finanzierungslücke.

Finanzierbarkeit und Denkmalschutz

In der Grünen Fraktion wurde die Konsensvariante kontrovers diskutiert. Eine Mehrheit der grünen Stadträte stellte sich hinter zwei Anträge von Helmut Steyrer, die sich sowohl gegen die weitgehenden Eingriffe in die Architektur des Stadions und des Olympiapark-Ensembles als auch gegen die beträchtlichen, in ihrer ganzen Höhe noch nicht absehbaren Mehrkosten für die Stadt richten.

Mit dem ersten Antrag soll sichergestellt

Was drin ist:

Seite

EU-Verordnung zum Personennahverkehr 2

Genossenschaftlicher Wohnungsbau 4

Bahnsanierung zu Lasten Münchens 6

Grüne Jugendpolitik auf dem Prüfstand 7

Wo bleiben die neuen Staatsbürger? 10

Ein antifaschistischer Sommer 11

werden, dass die Stadt sich für die Sonderwünsche der Vereine nicht in finanzielle Abenteuer stürzt - eine Absicht, die auch von Stadtkämmerer Klaus Jungfer (SPD) verfolgt wird. Bevor der Stadtrat sich für eine Variante entscheidet, muss ein Finanzierungskonzept mit gesicherten Kostenschätzungen und rechtsverbindlichen Zusagen aller Beteiligten vorgelegt werden.
Der zweite Antrag hat das Ziel, das „gemeindliche Einvernehmen“ für die Aufnahme des Olympiastadions und des Ensembles Olympiapark in die Denkmalliste des Landesamtes für Denkmalpflege zu erteilen - kurz: den ganzen Olympiapark unter Denkmalschutz zu stellen. Dies empfahl auch das Planungsreferat vor etwa einem Jahr, der Beschluss wurde jedoch vertagt. Mit der Aufnahme in die Denkmalliste würden radikale bauliche Eingriffe unmöglich, wie sie die Konsensvariante mit sich brächte, moderate Veränderungen wie die „WM-Variante“ könnten jedoch vorgenommen werden.
Die Fraktion beschloss außerdem, für die beiden Anträge fraktionsübergreifend um Unterstützung zu werben. Dies gelang auch: Stadträte von SPD, F.D.P., DAGG und ÖDP haben die Anträge mitunterzeichnet. Selbst aus der CSU kommen entsprechende Signale.

Bürgerbegehren Olympiastadion

Das Bürgerbegehren Olympiastadion hat sich ebenfalls zum Ziel gesetzt, die „wesentlichen Merkmale“ des Olympiastadions zu erhalten und fordert zudem, die Stadt möge einen geeigneten Standort für ein neues Fußballstadion suchen und dessen Errichtung fördern.“ Vertreter der Grünen Fraktion trafen bereits im Sommer mit Christian Felix, einem der Initiatoren des Bürgerbegehrens zusammen.
Die Fraktion sympathisiert zwar mit der Idee, die Bürgerinnnen und Bürger über die Frage des Umbaus direkt entscheiden zu lassen. Die Forderung, einen neuen Standort zu suchen, hat jedoch keine Mehrheit bei den Grünen. Denn zum einen wurden bereits mehrere Standorte erfolglos geprüft, und zum anderen folgt bei der Festlegung auf einen neuen Standort das nächste Bürgerbegehren so sicher wie das Amen in der Kirche.

Auf unserer website www.gruene-muenchen-stadtrat.de können Besucher selbst über die Frage „Umbau des Olympiastadions“ abstimmen.

DIE KATZE IST AUS DEM SACK

NEUE EU-VERORDNUNG ZUM PERSONENNAHVERKEHR

Wird sein Job auch bald privatisiert? *Foto: Stadtwerke*

Lange haben wir darauf gewartet und uns mit nicht-autorisierten Entwürfen herumgeschlagen, jetzt hat die EU-Kommission einen neuen Verordnungsentwurf vorgelegt

Das Ungetüm trägt den Namen „Verordnung über Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit gemeinwirtschaftlichen Anforderungen und der Vergabe gemeinwirtschaftlicher Verträge für den Personenverkehr auf der Schiene, der Straße und auf Binnenschiffahrtswegen“ und soll 2002 mit einer Übergangsfrist von 3 Jahren in Kraft treten. Bei einer Dienstreise des Finanzausschusses nach Brüssel hatten wir Gelegenheit, den ‚Vater’ des Verordnungsentwurfes persönlich kennenzulernen.

Die wichtigsten Regelungen in Kürze:

Die EU möchte im öffentlichen Nahverkehr europaweit einen kontrollierten Wettbewerb einführen und die Regelungen in den unterschiedlichen europäischen Ländern harmonisieren. Der Marktzugang beim kontrollierten Wettbewerb ist abhängig vom Zugang zu staatlichen Geldern (Beihilfen) und zu Linienverkehrsgenehmigungen (Konzessionen), hier besteht europaweiter Harmonisierungsbedarf.
‚Kontrollierter Wettbewerb’ ist in diesem Zusammenhang in Abgrenzung zu geschlossenen bzw. deregulierten Märkten zu verstehen. Beim kontrollierten Wettbewerb werden im Anschluß an ein Wettbewerbsverfahren für eine beschränkte Zeit sog. ausschließliche Rechte (sprich Konzessionen oder Linienverkehrsgenehmigungen) vergeben. Die Kommission beruft sich in ihrer Argumentation für den kontrollierten Wettbewerb auf eine Isotope-Forschungsstudie, in der nachgewiesen wurde, dass die Effizienz in kontrollierten Märkten am höchsten ist (vgl. Tabelle).
Die Verantwortung für die Qualität liegt bei den zuständigen Behörden, die zur „Gewährleistung angemessener öffentlicher Personenverkehrsdienste von hoher Qualität und Verfügbarkeit“ verpflichtet werden (Art. 4). Dabei werden Qualitätskriterien wie Häufigkeit, Schnelligkeit, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit des Streckennetzes und der Fahrgastinformationen, Tarifhöhe und -transparenz, die Integration verschiedener Verkehrsdienste, Behindertengerechtigkeit, Umwelt-

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

ein Saal voller gespannt dreinblickender Menschen, und nur sehr vereinzelt bekannte Gesichter darunter - das ist nicht gerade die Szenerie, an die die Grünen bei ihren Veranstaltungen gewohnt sind. Und doch gibt es das noch: Vor einigen Tagen füllten knapp 150 Menschen die „Drehleier“ in der Rosenheimerstraße um sich über die Auswirkungen der von Mobilfunkanlagen ausgehenden elektromagnetischen Felder zu informieren - obwohl nur mit ein paar Flugblättern und Mundpropaganda geworben wurde.
Das Beispiel zeigt, dass es nach wie vor viele Menschen gibt, die von den Grünen vor allem eines erwarten: Den Einsatz gegen potentielle - und vielfach real empfundene - Risiken durch neue Technologien.
Da haben die Grünen nun ein Problem. Denn eigentlich haben sie sich ja ein neues Image verordnet - weg mit der miesepetrigen Technikfeindlichkeit, statt dessen „Lust auf Technik“ (so gesehen auf den T-Shirts einiger junger Grüner auf dem Technologiekongress). Wer sein Image ändern will, der darf nicht allzu feinsinnig und differenziert vorgehen, der muss eindeutige Signale aussenden - ein „ja, aber“ wird kaum wahrgenommen.
Aus diesem Dilemma führt nur ein Weg heraus: die bessere Technik. Im politischen Alltag heißt das, bei Ablehnung einer bestimmten Technologie immer die bessere - und vor allem auch umsetzbare Alternative zu präsentieren, ja möglichst in den Vordergrund zu stellen. Ein schlichtes „Nein“ zu Handys und Sendemasten ist ein ebenso sicherer Weg ins politische Abseits wie die Verteufelung des Autos.

Markus Viellvoye

faktoren (Lärm, Abgase), Gesundheit und Sicherheit der Fahrgäste und die Qualifikation des Personals zugrunde gelegt. Die Behörden können darüber hinaus allgemeine Vorschriften oder Mindestkriterien festlegen, die von allen Betreibern einzuhalten sind (Art. 10). Die Position des Aufgabenträgers wird damit von seiten der EU ausdrücklich gestärkt.
Trotz seines ausdrücklichen Bekenntnisses zum kontrollierten Wettbewerb, ist der Verordnungsentwurf in sich nicht ganz schlüssig. Neben Elementen, die eindeutig eine Verschärfung hin zu mehr Wettbewerb beinhalten, finden sich in dem Entwurf auch protektionistische Elemente:

	geschlossene Märkte	kontrollierter Wettbewerb	deregulierte Märkte
Nutzung des Verkehrsträgers gemessen in Fahrgastkilometern	+ 5%	+ 14%	- 6%
durchschnittliche Kosten je Bus-km	3,02 Euro	2,26 Euro	1,44 Euro
Lohnniveau	keine wesentlichen Unterschiede		geringere Entlohnung

Mehr Wettbewerb ....

Die inhaltliche Unterscheidung zwischen eigenwirtschaftlichen (kein Subventionsbedarf, nur Genehmigungswettbewerb) und gemeinwirtschaftlichen (Subventionsbedarf, Ausschreibungswettbewerb) Verkehren, wird in der vorliegenden Fassung so dezidiert nicht mehr vorgenommen. Nach dem neuen Entwurf führen alle Ausgleichszahlungen der öffentlichen Hand - auch die Ausgleichsleistungen im Ausbildungs- und Schwerbehindertenverkehr - zur Ausschreibungspflicht, sofern sie 20 % der Umsatzerlöse übersteigen (Art. 10) - eine Regelung, die vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen heftig kritisiert wird. Es ist sicherlich überraschend, daß die bislang unstrittig als Leistungsentgelte akzeptierten Zahlungen der öffentlichen Hand im Ausbildungs- und Schwerbehindertenverkehr, plötzlich zu den Beihilfen gerechnet werden und damit die Eigenwirtschaftlichkeit der Verkehre gefährden.
Hier gibt es nach wie vor schwerwiegende Inkonsistenzen zwischen EU-Entwurf und geltendem deutschen Personenbeförderungsgesetz, das nach wie vor zwischen eigen- und gemeinwirtschaftlichen Verkehren unterscheidet. Die Frage, inwieweit die bislang in Deutschland recht großzügig ausgelegte Beihilfepraxis mit dem EU-Recht kompatibel ist (sog. Magdeburger Urteil) ist momentan beim Europäischen Gerichtshof anhängig, wobei eine abschließende Klärung vor Inkrafttreten der EU-Verordnung nicht zu erwarten ist. Die Einführung der 20%-Klausel nach dem neuen Verordnungsentwurf wird diese Frage für die Zukunft sowieso überflüssig machen.
Eine Verschärfung hin zu mehr Wettbewerb ist sicherlich auch in Artikel 13 des Verordnungsentwurfes erkennbar, der die Behörden zur Transparenz bei der Vergabe gemeinwirtschaftlicher Verträge verpflichtet. Dieser Artikel steht im Einklang mit der momentan in der Novellierung befindlichen Transparenzrichtlinie der EU.

.... oder Protektionismus ?

Die protektionistischen Elemente liegen in den umfangreichen Ausnahmeregelungen von der Ausschreibungspflicht:
Im Einzelfall können die zuständigen Behörden entscheiden, gemeinwirtschaftliche Verträge direkt ohne Ausschreibung für Eisenbahn-, Metro- oder Stadtbahnverkehrsdienste zu vergeben, wenn nationale oder internationale Sicherheitsstandards für den Schienenverkehr nicht anders gewährleistet werden können oder eine andere Lösung zusätzliche Koordinierungskosten zwischen dem Betreiber und dem Verwalter der Infrastruktur mit sich bringen würde. Diese Ausnahmeregelung wiederum - und hierin liegt sicherlich die größte Überraschung - kann auch auf die nicht schienengebundenden Dienste (Bus) ausgedehnt werden, wenn ein Betreiber ein integriertes Schienen- und Busnetz betreibt und der betroffene Mitgliedstaat dies genehmigt. Die Crux dieser Regelung liegt jedoch darin, daß das betroffene Verkehrsunternehmen nachweisen muß, daß diese zusätzliche Koordinierungskosten

entstehen. Die Verkehrsunternehmen werden damit gezwungen, ihre Kostenstruktur offenzulegen - für andere Anbieter von Verkehrsdienstleistungen sicherlich ein Wettbewerbsvorteil (Art. 7 Abs. 1, 2 + 4). Ob München angesichts der hohen Anforderungen diese Ausnahmeregelung für sich in Anspruch und die Ausschreibungspflicht damit abwenden kann, ist fraglich.
Ein Direktvergaberecht ohne Ausschreibungspflicht existiert für neue Dienstleistungen, für die kein finanzieller Ausgleich im Rahmen eines gemeinwirtschaftlichen Vertrags vorgesehen ist, nicht jedoch für bereits bestehende ‚eigenwirtschaftliche' Linien (Art. 7 Abs. 6).
Keine Ausschreibungspflicht existiert für Verkehrsdienste, deren geschätzter jährlicher Wert unter 400.000 Euro bzw. 800.000 Euro (bei Zusammenfassung mehrerer Linien) liegt.
Bis die neue EU-Verordnung in Kraft tritt, werden wohl noch mindestens eineinhalb Jahre ins Land gehen. Diese Zeit werden die unterschiedlichen Interessengruppen nutzen, um - je nach Interessenlage - eine Abmilderung oder eine Verschärfung der Verordnung zu erreichen. Klar ist, daß die EU-Verordnung keine Entwarnung gibt. Die Zielrichtung der EU deutet trotz einiger protektionistischen Elemente klar in eine wettbewerbsorientierte Richtung.

Christine Kugler

LICHTBLICK
AUS RUSSLAND

Russische Soldatenmütter kämpfen für Bürgerrechte und Frieden

Donnerstag, 16. November um 20.00 Uhr im Konzerstsaal der Musikschule Planegg, Pasingerstr. 14

GENOSSENSCHAFTEN - DER DRITTE WEG ZWISCHEN MIET- UND EIGENTUMSWOHNUNGEN

Rund 25.000 Wohnungen bzw. knapp 4% des Münchner Wohnungsbestandes sind in der Hand von etwa 30 Genossenschaften, die für ihre Mitglieder und die soziale Struktur der Quartiere einige Vorteile bieten.

Langfristig günstiger Wohnraum

Da Genossenschaften gemeinnützigen Prinzipien folgen (auch nach Wegfall des entsprechenden Gesetzes 1990), werden auf die Kapitaleinlagen nicht mehr als vier Prozent Dividende ausgeschüttet, so dass über die Mieten keine nennenswerte Kapitalbedienung erfolgen muss. Überschüsse werden für Instandhaltung und z.T. für Neubauten verwendet und nicht durch Umwandlung und Privatisierung ausgeschüttet. Dadurch werden langfristig relativ günstige Mieten erhalten, was sich nicht nur positiv auf die Mieter in den Genossenschaften auswirkt, sondern auch auf dem Wohnungsmarkt ein ungehindertes Ansteigen der Preise bremst. Ein weiterer Vorteil liegt für die Genossenschaftsmitglieder in der Sicherheit vor Kündigungen.

Vorzeigeprojekt der WOGENO: Metzstr. 31

Soziales Engagment und Selbsthilfe der Genossen

Gerade der Aspekt des sozial engagierten Wohnumfeldes zeichnet die Genossenschaften gegenüber anderen Wohnformen aus und ist ein gewichtiger Grund für die Grünen, den genossenschaftlichen Wohnungsbau zu unterstützen. Die Idee von Selbsthilfe, Selbstverantwortung und sozialer Verantwortung, die neben Kostengründen hinter dem Eintritt in eine Genossenschaft steht, wirkt sich positiv auf die soziale und räumliche Struktur einer Siedlung aus.

Nachteile gegenüber anderen Bauträgern

Viele Fördermöglichkeiten bestehen für Genossenschaften ebenso wie für andere Bauträger auch. Allerdings können Genossenschaftsmitglieder nicht die gleichen steuerlichen Vorteile wie andere Wohnungseigentümer geltend machen. Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten gibt es für Genossenschaftsmitglieder nur in einer sog. eigentumsorientierten Genossenschaft. D.h. die Genossenschaftssatzung sieht eine Umwandlungsmöglichkeit der Wohnungen in Einzeleigentum vor. Etliche neugegründete Genossenschaften beschreiten pragmatisch diesen Weg, um ihren Mitglieder steuerliche Vorteile zu ermöglichen. Dieses Konstrukt widerspricht allerdings dem solidarischen, genossenschaftlichen Gedanken. Hier müsste auf Bundesebene endlich eine steuerrechtliche Gleichstellung von Wohnungseigentümern und Genossenschaftsmit-

gliedern erfolgen. Von den Bundesgrünen wird diese Notwendigkeit prinzipiell zwar eingesehen, aber momentan nicht mit Nachdruck verfolgt.
Für junge Genossenschaften, die Neubauten realisieren wollen, ergibt sich gegenüber anderen Bauträgern ein weiterer Nachteil: Um ihre Mitglieder zu rekrutieren, brauchen sie bei der Vergabe von Grundstücken eine längere Vorlaufzeit als üblicherweise zur Verfügung steht.
Schließlich sind Genossenschaften in Bayern gegenüber anderen Bundesländern durch die bayerische Auslegung der Bundesgesetzgebung benachteiligt. Es wird ein echter Eigenkapitalanteil von 25% verlangt, um die Darlehen der Landeskreditanstalt in Anspruch nehmen zu können. Dies erfordert eine hohe Kapitaleinlage der einzelnen Mitglieder.

Genossenschaften aktiv unterstützen

Aufgrund der Vorteile, die der genossenschaftliche Wohnungsbau in Bezug auf Mieterschutz und Gemeinsinn bringt, und wegen der Nachteile, die Genossenschaften gegenüber anderen Bauträgern haben, sollten m.E. Genossenschaften von städtischer Seite gefördert werden. Ein weiterer Grund für die Unterstützung liegt in der massiven Kürzung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau, so dass günstiger Wohnraum immer knapper wird. Im einzelnen gibt es folgende Fördermöglichkeiten:

Öffentlich geförderter Wohnungsbau:

Ebenso wie anderen Bauträgern stehen Genossenschaften Zuwendungen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau zur Verfügung. Zusätzlich zur Förderung von Sozialwohnungen subventioniert die Stadt München Grundstücke nach dem „München Modell“, das v.a. mit der Absicht, Genossenschaften zu unterstützen, eingeführt wurde. Dabei werden von der Stadt Grundstücke zu subventionierten Festpreisen abgegeben, wenn die Wohnungseigentümer oder Mieter bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschreiten (30% bzw. 60% über dem Einkommen, das zu Sozialwohnungen berechtigt). In München haben die Genossenschaften Mitspracherecht bei der Belegung der öffentlich geförderten Wohnungen.
Darüber hinaus können öffentliche Fördermittel für bestimmte Bauweisen, z.B. ökologisches Bauen in Anspruch genommen werden.

„Erweitertes Vorkaufsrecht“

In Gebieten, in denen die Erhaltungssatzung gilt, hat die Stadt München ein Vorkaufsrecht, wenn die Gefahr besteht, dass Mietwohnungen „luxussaniert“ und somit die sozialen Strukturen verändert werden. Pro Jahr kauft die Stadt ca. 5-10 solcher Häuser, die reprivatisiert werden müssen und dabei auch an Genossenschaften veräußert werden könnten (in der Schweiz der Regelfall, selbst wenn nicht alle Mieter damit einverstanden sind). Die Übernahme durch die Mieter, die sich zu Genossenschaften zusammenschließen, funktioniert nur auf freiwilliger Basis. Sie sollte durch ein entsprechendes Beratungsangebot von Seiten der Stadt gefördert werden.

Wohnsparbrief

Als Geldanlage werden von Banken Wohnsparbriefe für Genossenschaften angeboten und als zinsgünstige Darlehen an Genossenschaften weitergeben. Sowohl die Banken als auch die Anleger müssen auf hohe Zinseinnahmen verzichten. Es handelt sich also um eine soziale, „idealistische“ Geldanlage, die sicher nicht im großen Stil realistisch ist. Die GLS Gemeinschaftsbank eG z.B. verfolgt diese Zielsetzung und bietet einen WOGENO-Sparbrief an. Die Stadt könnte mit der Stadtsparkasse einen ähnlichen Sparbrief einrichten.

Umstrittenes Erbbaurecht

Das Grundstück bleibt städtisch und wird zu einem Erbbauzins vergeben. Dadurch entfallen für Bauträger die Grundstückskosten, die am Anfang sehr hohe Investitionen und Kreditaufnahmen mit entsprechenden Zinsbelastungen bedeuten. Der Erbbauzins selbst muss allerdings nach den marktüblichen Grundstückspreisen berechnet werden. Verbilligte Zinssätze bedürfen nach Gemeindeordnung der Zustimmung der Regierung von Oberbayern, die diese nur erteilt, wenn bestimmte Gründe (z.B. best. Einkommensgrenzen) vorliegen. Der Zins steigt außerdem regelmäßig in Anpassung an die Marktpreise, wodurch die Stadt von den Bodenwertsteigerungen langfristig profitiert. Das Erbbaurecht wird unterschiedlich eingeschätzt: Das Kommunalreferat hat mit den sog. Sparhäuslern, die massive Proteste gegen die spätere Zinserhöhungen eingelegt haben, negative Erfahrungen gemacht und ist zurückhaltend

Beim Fachgespräch zum genossenschaftlichen Wohungsbau am 14.4.2000 in der Stadtratsfraktion mit Vertretern der Wohnungsbaugenossenschaft West, WOGENO, Wohnbund e.V., Mieterbeirat und Stadtverwaltung konnten sich die Stadträte aus erster Hand informieren. V.l: Silke Pesik Kommunalreferat, Hr. Distler Wohnungsbaugenossenschaft West, Hr. Stupka WOGENO und Hr. Herde Wohnbund e.V.

mit der Vergabe von Erbbaurecht. Für die Genossenschaften ist das Erbbaurecht nach wie vor eines der wichtigsten Fördermittel, da es die hohen Anfangsinvestitionen erspart. Außerdem ist bei größeren Mietshäusern im Verhältnis zu Einzelhäusern der Anteil des Grundstückszinses an der Miete gering.
M.E. sollte das Erbaurecht für Genossenschaften weiterhin eingesetzt werden. In manchen Neubaugebieten ist Erbbaurecht für die Stadt allerdings ein zu großes Minusgeschäft: Am Ackermannbogen z.B. muss die Stadt mit den Erlösen aus dem Grundstücksverkauf die gesamte Infrastruktur abdecken und außerdem vorher dem Bund die Grundstücke teuer abkaufen. Ähnlich verhält es sich auf der Theresienhöhe, wo der Grundstückserlös den Umzug der Messe nach Riem finanziert.

Bevorrechtigung bei der Grundstücksvergabe

Eine weitere Fördermöglichkeit von Genossenschaften ist die Reservierung von Grundstücken bzw. die Bevorzugung von Genossenschaften bei der Vergabe. Dies ist eine politische Entscheidung, an die Meistbietenden zu verkaufen, die frühzeitig vom Stadtrat gefällt werden muss. Beispiele sind das Grundstück der WOGENO in Riem oder das Sanierungsprojekt derselben Genossenschaft in der Metzstraße, Haidhausen. Die Reservierung von Grundstücken (An-Hand-Gabe) ermöglicht es den Genossenschaften, in der Zeit bis zum Verkauf ohne finanzielle Belastungen und mit der Sicherheit über den Standort ihre Mitglieder zusammenzusuchen. Die An-Hand-Gabe ist eines der wichtigsten Förderinstrumente für Genossenschaften und kann noch ausgebaut werden.

Vielen Dank an Gabi Friderich, Silke Pesik, Reinhard Kleinöder, Boris Schwartz, Sigi Benker und Peter Schmidt (WOGENO), die meine Fragen zu den Fördermöglichkeiten von Genossenschaften und deren Beurteilung beantworteten.

Alexandra Weiß

BAHNSANIERLUNG ZU LASTEN MÜNCHENS

VERKEHRSLAWINE DURCH STÄDTISCHEN GRÖßENWAHN

Die Nachfolgenutzung ehemaliger Bahnflächen zwischen Hauptbahnhof, Laim und Pasing bietet eine große städtebauliche Chance - jetzt droht sie verspielt zu werden.

Objekt vieler Begierden: Der Hauptschienenstrang zwischen Hauptbahnhof und Laim/Pasing

1997 haben die Landeshauptstadt München und die Deutsche Bahn AG in einer Rahmenvereinbarung über die Nachfolgenutzung der nicht mehr für den Bahnbetrieb benötigten Flächen die Ziele einer neuen städtebaulichen Struktur klar definiert.

Glorifizierung des Wirtschaftsverkehrs

Die Nachfolgetöchter der Bundesbahn wollen aus ihrem Besitz möglichst hohe Gewinne durch dichte, hochwertige Bebauung erzielen. Die Stadt will eine zukunftsfähige, ökologisch und ökonomisch tragfähige Stadtentwicklung entsprechend dem Stadtratsbeschluß einer kompakten + urbanen + grünen Perspektive für die ganze Stadt.
Die mehrstufigen Ideenwettbewerbe von Stadt- und GrünplanerInnen und ArchitektInnen brachten teilweise interessante und spannende Lösungen über die Verteilung von Grünflächen, Wohn- und Gewerbebebauungen. Noch schienen die Probleme, die sich auf der rund 150 ha großen Fläche abzeichneten, zu lösen.
Seit aber für die einzelnen Teilgebiete wie den ehemaligen Containerbahnhof, Milchladehof, City-Logistic-Center, Hirschgarten, ESV München-Gelände oder Pasing genaue Planungen ‘fort’-entwickelt werden, zeichnen sich in erschreckendem Maß die negativen Folgeerscheinungen ab. Die zu erwartenden Mobilitäts-Mehrbelastungen im MIV und ÖPNV sind auf den schon heute überlasteten Verkehrswegen nicht mehr umweltverträglich zu bewältigen. Zunahmen von 10 - 16 % im Kfz-Verkehr auf der Arnulf- und Landsberger Straße bringen noch mehr Gestank, Lärm und Umweltvergiftung, d.h. diese Straßen werden unbewohnbar. MitarbeiterInnen im Planungsreferat bestätigen dies immer wieder hinter vorgehaltener Hand - und die müssen es wissen. Auch die als Voraus-

setzung zur Verkehrsmassenbewältigung als Bestand eingeplanten ÖPNV-Angebote sind in weiter Ferne (S-Bahn-Ertüchtigung, S-Bahn-Südumfahrung) oder werden nicht realisiert (Tram-Westtangente). Statt dessen glorifiziert die Stadtspitze die Förderung des Wirtschaftsverkehrs und lockt damit hunderte von LKWs tagsüber in die Stadt und zum Abstellen nachts in die Wohnquartiere.

DB hält sich nicht an Vereinbarungen

Gleichzeitig ist ein weiteres Problem entstanden: Die DB AG mit den vielen Nebenzweigen für Netz, Station, Fernverkehr, Service, Nahverkehr, Immobilien u.a ist zwischenzeitlich so marode, daß sie es nicht mehr schafft, die getroffenen Vereinbarung mit der Stadt einzuhalten. Der von der Stadt erbrachten Vorleistung der Ausweisung von neuem und viel höherem Baurecht steht die Unfähigkeit der DB AG entgegen, die die Grundstücke nicht mehr freimachen kann, d.h. alte Bahnanlagen können nicht entfernt, Altlasten nicht saniert werden weil die Bahn dafür kein Geld hat. So fordert die DB AG von der Stadt sogenannte Schlüsselgrundstücke bereits mit höchstem Baurecht vorab vermarkten zu können - und dabei wird ihr von der Stadtspitze hilfreich unter die Arme gegriffen. Es sollten entgegen der Preisgerichts-Entscheidungen und den Stadtratsbeschlüssen mit noch mehr Baurecht - höher und dichtere Bebauung - die Grundstücksgewinne gesteigert und die Börsenfähigkeit der DB AG gesichert werden.

Bürgerbeteiligung mangelhaft

Nichts wird dagegen für die Bewältigung der Mehrbelastungen der BürgerInnen dieser Stadt erreicht.
Die Beteiligung der BürgerInnen an der Planung und Mitgestaltung wird von der Stadtspitze auf Sparflamme gefahren und das Mißtrauen interessierter BürgerInnen ist nach der Abfuhr bei der Messenachfolgeplanung auf der Theresienhöhe nur zu verständlich. Resignierend ist die BürgerInnenbeteiligung auf fast Null gesunken. Widerstand gegen diese überzogenen Planungen wurde in Hochglanzbroschüren aus der Stadtverwaltung eingestampft.
Bei uns GRÜNEN ist das Interesse an der Entwicklung der Flächen zwischen Pasing, Laim, Neuhausen, Maxvorstadt, der Altstadt und dem Westend bei den BA-lerInnen zwar in guten Händen. Sie wissen als Ortsansässige nicht nur über die lokalen Konfliktpunkte der Planung Bescheid sondern sind auch bereit, konsensfähige Lösungen zu entwickeln. So haben sie mit den beteiligten Bezirksausschüssen übereinstimmend gefordert, zuerst die Verkehrsprobleme planerisch und baulich zu lösen und erst dann eine machbare Bebauung umzusetzen. Wie es derzeit aussieht, bleibt diese Forderung jedoch erfolglos.
Was völlig fehlt, ist eine Einbindung GRÜN-naher IdeengeberInnen, PlanerInnen und MitgestalterInnen, die eine sich nicht ausschließlich an der Kapitalmaximierung orientierte Lösung mitentwickeln. So kann den Belangen des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung im Sinn der Agenda 21 nicht das nötige Gewicht eingeräumt werden. Der einst so ergiebige AK Stadtplanung könnte für die Entwicklung eines bedeutenden Teils unserer Stadt Gutes leisten. Vielleicht steht er wieder auf und tut was. Wer mitmachen will sollte sich melden, im Stadtbüro oder direkt bei mir.

Reinhard Lisowski, Lautensackstr. 3, 80687 München, T+F 580 89 44,

ALTE RITUALE ENTSORGEN - NEUE THEMEN ANPACKEN!

GRÜNE JUGENDPOLITIK AUF DEM PRÜFSTAND

Manchmal wird bei Veranstaltungen der Grünen ein Fernbleiben der Jugend bedauert. Dann schauen sich älter gewordene Sozialkundelehrer mit ihren eingestaubten, selbstgestrickten Wollpullovern voller ungespielter Verwunderung an und meinen: „Aber wir sind doch da."

Obwohl sich die Partei noch jung fühlt und in der Tat auch ist, haben Bündnis 90/Die Grünen mit einem deutlichen Rückgang der Akzeptanz insbesondere bei jungen Wählerinnen und Wählern zu kämpfen. Seit dem berüchtigten Magdeburger Parteitag, mit seinen in ihrer Radikalität unpolitisch zu nennenden Beschlüssen, spiegelt sich diese Entfremdung der Jugend von den Grünen auch in den sich konstant verschlechternden Erstwählerstimmenergebnissen bei Bundes- und Landtagswahlen wider.

Auf Jugendliche zugehen

Droht den Grünen deshalb das Schicksal einer Ein-Generationen-Partei? Sind sie - wie Leitartikler gelegentlich behaupten - ein überflüssiges Projekt ohne Zukunftsperspektive? Nein. Denn sonst wären wir, die Jugendlichen, nicht in dieser Partei! Aber manche Grüne müssen lernen, daß sie auf die Jugend zugehen müssen, daß diese in einer anderen Welt aufwächst als sie selbst vor 20 Jahren.

Probleme junger Menschen haben sich seit der Gründung der Grünen dramatisch verändert. Die grünen Kernthemen - Frieden, Frauen und Umwelt - treffen heute auf junge Menschen, die in einer anderen Lebensrealität stehen als jene, die einst diese Themen formulierten. Die konkrete Bedrohung der eigenen Existenz z.B. wird in weit höherem Maße in drohender Arbeitslosigkeit wahrgenommen als in der Angst vor einem atomaren GAU. Bürgermeister Hep Monatzeder hat in der letzten Mamba-Ausgabe richtig analysiert: Es ist notwendig und längst überfällig, daß die Grüne Partei endlich jungen Menschen zuhört, sich ihren Problemen gegenüber öffnet, um dann die weiterhin wichtigen und richtigen grünen

Themen (Umwelt, Emanzipation und Integration) mit jungen Menschen zu diskutieren, weiterzuentwickeln und ihnen wieder zu Aktualität zu verhelfen.

„Lust auf Technik“: Stand der Grünen Jugend auf dem Technologiekongress am 8. Oktober in München

Spaß im Drei-Liter-Auto!

Neue Themen warten nur darauf, angepackt zu werden. Die Transformation zur Informationsgesellschaft könnte die leicht verschlafene Bürgerrechtspartei Bündnis 90/Die Grünen wieder aufwecken. Sich abzeichnenden Tendenzen zu elektronischer Überwachung öffentlicher Räume oder der Privatsphäre muß entgegengetreten werden, das Recht auf Selbstbestimmung über eigene Daten oder wirksame Verschlüsselungsmechanismen braucht eine Lobby. Um für junge Menschen wieder attraktiv und wählbar zu werden, müssen die Grünen den Ruch der Technologie- und Mobilitätsfeindlichkeit loswerden: Im Drei-Liter-Auto übers Land zu fahren, macht Spaß. Technologischer Fortschritt ist nicht per se verdammenswert und abzulehnen. Daß Computer nicht böse sind, haben die Grünen ja auch gelernt.

Jugendliche wollen Generationengerechtigkeit

Auch die ungelösten Probleme des Generationenkonflikts müssen heute angegangen werden, wenn die Jugend nicht mit belastenden Hypotheken in die Zukunft entlassen werden soll. Eine gerechte Rentenformel und eine dauerhaft finanzierbare Sicherung der Sozialsysteme, die den nachfolgenden Generationen keine untragbaren finanziellen Lasten aufbürden; eine verstärkte Familien-, Kinder- und Bildungsförderung sowie eine Verringerung der Defizite der öffentlichen Haushalte wären essentielle Bestandteile einer nachhaltigen, auf Generationengerechtigkeit ausgerichteten Politik. Gerade in diesem Bereich können die Grünen sich als Partei für die Jugend profilieren.

Auch bei den Strukturen hat die Reformpartei weiterhin Reformbedarf, im Großen wie im Kleinen: Für Jugendliche, die die Gründerjahre der Bewegung nicht mehr miterleben konnten, sind die Grünen eine ganz normale Partei wie alle anderen, die sich weniger durch ihre Struktur, als viel mehr durch die besseren Konzepte von anderen Parteien abhebt. Gerade deswegen wirkt auf junge Menschen heute die noch aus den Anfängen der Partei stammende Trennung von Amt und Mandat für eine Regierungspartei anachronistisch.

Parteistrukturen reformieren - für Jugendliche öffnen!

Zu nennen wäre da noch die Münchner Spezialität, sich fünf nicht mit-, sondern gegeneinander agierende Strömungskreisverbände zu leisten. Ohne profunde Kenntnis der grünen Stadthistorie kann niemand die Existenz dieser skurrilen Selbstbehinderung nachvollziehen. Ein auf grüne Politik neugieriger Jugendlicher, der erst mal in die Partei hineinschnuppern möchte, wird durch solch undurchsichtige Strukturen und die in ihnen manifestierten Konflikte abgeschreckt. Ein gemeinsamer Kreisverband München wird hoffentlich ab diesem Herbst viel Sand aus dem Getriebe der Münchner Partei hinausschwemmen und diese damit für gestaltungswillige Jugendliche noch attraktiver machen. Eines brauchen Jugendliche bei den Grünen ganz sicher nicht: Artenschutz, am Ende gar mit einer institutionalisierten Jugendquote für Partei-Ämter oder auf Wahllisten. Quoten haben die Grünen schon genug.

Grüne Politik: kreativ und professionell!

Es gilt: Bündnis 90/Die Grünen müssen aufhören, überkommene Rituale und alte Feindbilder zu pflegen. Denn wir junggrüne Menschen wollen in der grünen Partei und mit gesellschaftlichen Mehrheiten eine ökologischere, sozial gerechtere und friedliche Zukunft schaffen. Für uns zählt, neue Herausforderungen kreativ und professionell anzugehen um die Themen des 21. Jahrhunderts zu besetzen und verantwortungsvoll zu gestalten. Dann klappt’s auch mit der Jugend.

Daniel Kosatschek,
Vorstandsmitglied der Grünen Jugend München

Anträge und Pressemeldungen sowie alles Aktuelle aus der Grünen Fraktion ist auf unserer website www.gruene-muenchen-stadtrat.de zu finden

DER GESANG WIRD BANG UND BÄNGER

WARUM WIR UNS VON DEM IMMER LAUTER WERDENDEN LAMENTO ÜBER DIE VERLUSTE AN JUNGWÄHLERN NICHT NERVÖS MACHEN LASSEN SOLLTEN

Das Wahlverhalten jüngerer Wähler wird stets mit besonderem Interesse beobachtet, denn die zu einem bestimmten Zeitpunkt erworbenen politischen Präferenzen ändern sich im Laufe eines Lebens meist nicht grundsätzlich (so urteilt jedenfalls die Wahlforschung). Und wer sich, wie die Grünen, jahrelang mit dem Prädikat „Jugendpartei" schmücken durfte, der leidet in unserer auf Jugendlichkeit getrimmten Kultur doppelt, wenn die jungen Leute weg bleiben: Zu den Einbußen an Wählerstimmen kommt der Imageverlust.

Durch die Grüne Partei hallt also der Ruf nach Verjüngung und Erneuerung: Weg mit dem „Image der Partei mit erhobenem Zeigefinger", statt dessen „Jugendlichen zuhören, Jugendliche einladen, ihre Meinung über die Grünen kundzutun, Jugendliche und ihre Probleme, die weit stärker von Ängsten um die berufliche Zukunft als von Umweltsorgen geprägt sind, ernst nehmen und nicht relativieren" (so z.B. Hep Monatzeder in der Mamba Nr. 79) Aber wie dramatisch sind eigentlich unsere Verluste bei den Jungwählern? Wie sieht die Altersstruktur unserer Wähler aus? Und gibt es Konzepte, mit denen wieder mehr Jüngere für Grüne Politik interessiert werden können?

Das „Ergrauen der Grünen"

Bis in die neunziger Jahre haben die Grünen regelmäßig über 20 % der Jung- und Erstwähler für sich mobilisiert. Das ist, spätestens mit der Bundestagswahl 1998 vorbei - jedenfalls fürs erste. Konnten wir bei den Bundestagswahlen 1994 noch 14,2 % der Erstwähler und 12,7 % der 25- bis 34jährigen für uns gewinnen, so sank der Grüne Wähleranteil in diesen Altersgruppen vier Jahre später auf jeweils 10,4 %. Das sind herbe Verluste, aber wir liegen bei den Jungwählern immer noch signifikant über unserem Gesamtwähleranteil von 6,7 %. Das Verhältnis von Jungwählern zur Gesamtwählerschaft ist bei den Grünen also immer noch günstig.

Schon seit Beginn der neunziger Jahre steigt das Durchschnittsalter der Grünen Wahlerschaft - auf mittlerweile etwa 40 Jahre. Dieses „Ergrauen der Grünen" wird natürlich auch durch das Altern unserer Kernwählerschaft bestimmt. In der Altersgruppe der 45- bis 59jährigen lagen wir 1998 erstmals bei über 5 %, konnten bei den Älteren also gegen den Trend zulegen. Ein Blick auf die pilzförmige Altersstruktur unserer Gesellschaft macht deutlich, dass Teilverluste bei den geburtenschwächeren jüngeren Jahrgängen die Grünen nicht unmittelbar in Existenznöte führen werden. Schlimm würde es nur, wenn der Abwärtstrend bei den Jungwählern sich fortsetzt. Dafür gibt es aber gegenwärtig keinen Anhaltspunkt: Auch bei den Landtagswahlen in NRW lag der Jungwähleranteil bei 10 % - ein bedauerlicher Verlust, aber ein Ergebnis im Rahmen der Normalität.

Die Grünen sind keine Jugendpartei mehr

Es gab nie einen Grund zu der Annahme, dass Bündnis 90/Die Grünen die hohen Anteile bei den Jungwählern für alle Zeiten reserviert hätten. Mit dem Heranwachsen neuer Generationen manifestieren sich auch neue Wertorientierungen, die sich zum Teil aus einer sehr bewußten Abgrenzung zur vorhergehenden Generation definieren. „Postmaterialistische Werthaltungen", die für die Gründerzeit der Grünen charakteristisch waren und politikbildend wirkten, sind in unserer Gesellschaft schon seit zehn Jahren auf den Rückzug.

„Die Suche nach dem Ziel hat sich somit erledigt" lautet dagegen das Credo der „Generation Golf", die sich von niemandem - schon gar nicht von den Grünen Gutmenschen - in ihrem postmodernen Biedermeier stören lässt. Viele junge Wähler, die mit düsteren Grünen Zukunftsgemälden und der ewigen Verkomplizierung und Moralisierung des Alltags durch die permanente Thematisierung von Umweltproblemen aufgewachsen sind, sehnen sich nach Komplexitätsreduktion: Beruf und Familie - das sind die Orientierungspunkte der „Generation Golf."

Eine Partei, die sich - völlig zu Recht - das „Global denken" auf die Plakate schreibt, hat mit dieser Einstellung ein kaum zu überwindendes Problem vor sich. Das festzustellen bedeutet nicht, „darüber zu lamentieren, wie angeblich ichbezogen und unpolitisch Jugendliche heutzutage sind"*, sondern sich über die Chancen und Aktionsbedingungen seiner Politik klar zu werden.

Bedeutungsverlust der Politik

Hinzu kommt, dass der Mangel an Ausstrahlungskraft ja beileibe kein exklusives Problem der Grünen ist. Das ganze politische und vor allem das Parteiensystem leidet daran. Das „autonome Individuum, das sich von keiner gesellschaftlichen Instanz mehr Vorschriften machen lässt"*, scheut begreiflicherweise die Mitgliedschaft und das Engagement in unübersichtlichen Massenvereinigungen. Die Politik als Ganzes gilt ihm eher als lästig, und es erwartet nicht, dass sie seine Probleme löst. Es ist daher sehr fraglich, ob es überhaupt noch politische Themen gibt, „die Jugendlichen unter den Nägeln brennen."*

Selbst der Meister der Erneuerung Grüner Politik, Joschka Fischer, greift bei dem Versuch, die Spaßgeneration politisch zu verorten, ins Leere: „Mir ist nicht ganz klar, was die Generation Golf eigentlich will. Die sind Mitte zwanzig, wirken aber oft schon so alt. Ich glaube, die sind neben Karriere, Spaß und Fun auf der verzweifelten Suche nach irgendeinem Sinn im Leben." (taz vom 26.7. 2000)

Und die jüngste Shell-Studie stellt dazu fest: „Das politische Interesse auf Seiten

der Jugendlichen sinkt weiter. (...) Es hat zum einen damit zu tun, daß Jugendliche mit dem Begriff Politik die Landschaft von Parteien, Gremien, parlamentarischen Ritualen, politisch-administrativen Apparaten verbinden, der sie wenig Vertrauen entgegenbringen. Zum anderen empfinden Jugendliche die ritualisierte Betriebsamkeit der Politiker als wenig relevant und ohne Bezug zum wirklichen Leben."
Die Shell-Studie warnt jedoch auch vor „unzulässigen Pauschalisierungen." Es ist ja klar, dass die fortschreitende Differenzierung und Individualisierung unserer Gesellschaft auch junge Menschen erfasst. So gibt es auch gegenläufige Trends: Das Interesse an umweltpolitischen Themen (ein typisches Kennzeichen für eine nicht-materialistische Wertorientierung) ist nicht erloschen - auch nicht unter den Jüngeren. In der Zeit, als die Grünen ihre Rekordergebnisse bei Jungwählern einfuhren, gab es z.B. keine funktionierenden Jugendverbände, die viel eher als die Kreisverbände in der Lage sind, jüngere Leute in die Partei zu integrieren. Heute gibt es - wenigstens im Westen - kaum einen größeren Gebietsverband ohne Jugendorganisation. Auch in München gibt es eine Grüne Jugend - und sie leidet nicht unter Mitgliederschwund.

Fazit:

Es ist unbestritten dass das Thema „Arbeitslosigkeit" heute (natürlich auch bei Jüngeren) einen höheren Stellenwert einnimmt als Mitte der achtziger Jahre. Keine Partei kann es sich leisten, dieses Thema zu ignorieren, und auch die Grünen haben große Anstrengungen unternommen, das Umweltthema mit der Schaffung von Arbeitsplätzen kompatibel zu machen. Es ist aber sehr fraglich, ob dies in einer Stadt, in der annähernd Vollbeschäftigung herrscht, zur großen Attraktion für junge Leute werden kann.
Wir können nur den Teil der Jugendlichen gewinnen, die dem „Kampf gegen die Spaßfeindlichkeit" nicht Priorität einräumen - jedenfalls solange Hep nicht mit dem Fallschirm über dem Marienhof abspringt.

*Alle mit * gekennzeichneten Zitate aus: Hep Monatzeder: Nicht auf Erfolgen ausruhen, Mamba, Nr. 79.*

WO BLEIBEN DIE NEUEN STAATSBÜRGER?

Als Anfang diesen Jahres das neue Staatsbürgerschaftsrecht in Kraft trat, bedeutete das für über 100 000 MünchnerInnen einen Einbürgerungsantrag zu stellen zu können. Doch bisher ist der Andrang äußerst überschaubar. Woran liegt's?

Zu Jahresbeginn waren in München knapp 30.000 ausländische Kinder unter 10 Jahren gemeldet. Das Kreisverwaltungsreferat (KVR) hat ausgehend von dieser Zahl mit 15.000 Einbürgerungsanträgen nach § 40 b* Staatsangehörigkeitsgesetz gerechnet (bis 31.12.2000 befristete Übergangsregelung für Kinder, die am 01.01.2000 das 10. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, mit der Optionspflicht, sich zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr für die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit zu entscheiden). Zu diesem Zweck wurde eigens eine Sonderarbeitsgruppe mit 10 befristeten Planstellen eingerichtet.
Vom 01.01.bis 31.08. 2000 wurden aber nur 4.961 Einbürgerungsanträge gestellt, davon waren 1.628 Anträge nach § 40 b StAG. Im genannten Zeitraum wurden ins-gesamt 2.765 Einbürgerungsverfahren abgeschlossen, wovon 1095 die Einbürger-ung von Kindern unter 10 Jahren betrafen.
Weit höher war die zahl derjenigen, die sich beraten ließen: 32.088 AusländerInnen sprachen in der Einbürgerungsstelle vor. Diese Zahl deutet darauf hin, dass das Interesse und der Informationsbedarf auf diesem Gebiet sehr hoch sind und ein großes noch nicht ausgeschöpftes Einbürgerungspotenzial existiert. Eine Einbürgerungskampagne, begleitet von einer mehrsprachigen Informationskampagne, wäre eine gute Möglichkeit, um Nichtinfor-mierte und Unentschlossene zu erreichen.

„Test Deutsch"

Der zur Einbürgerung notwendige Sprachtest dauert etwa 45 Minuten und umfasst fünf Prüfungen, mit denen das Hörverstehen, das Leseverstehen, der schriftliche Ausdruck und die mündliche Ausdrucksfähigkeit geprüft werden. Bei der Bewertung der Leistungen werden die Notenstufen 1-5 vergeben.
Die ersten Prüfungen haben im April und im Mai bei der VHS stattgefunden. Von den insgesamt 111 TeilnehmerInnen in diesem Zeitraum hat die überwiegende Zahl (82) mit Noten 1 und 2 abgeschlossen. Lediglich in drei Fällen wurde die Note 5 vergeben. Die Sprachtestgebühren von 45,-DM wird vom KVR bei der Einbürgerungsgebühr, die 500,-DM beträgt, angerechnet.
Anfang des Jahres hatte die Grüne Fraktion beantragt, in Kooperation von Volkshochschule, KVR und Stelle für interkultureller Zusammenarbeit einen Sprachkurs zu entwickeln, der Einbürgerungswillige auf den Sprachtest vorbereitet. Als Ergebnis unseres Antrags wird die VHS in ihrem Herbstprogramm insgesamt sieben Kurse anbieten, die ausdrücklich der Vorbereitung auf den „Test Deutsch" zur Einbürgerung dienen sollen.
Das war der Stand im Juni. Inzwischen ist es Herbst geworden und es erreichen uns Informationen, dass der Sprachtest grundsätzlich im KVR als bestanden oder nicht bestanden entschieden wird und nicht von den Sprachexperten in der VHS. Die erforderliche Punktezahl im schriftlichen Teil der Prüfung ist erhöht worden. Das macht das Ganze noch etwas schwieriger. Es drängt sich der Eindruck auf, dass möglichst wenig Leute den Test bestehen sollen.

Mehrstaatigkeit nur auf Gegenseitigkeit

Im Zeitraum bis Ende Mai.2000 erfolgte in nur 195 Fällen eine Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit nach den neuen Bestimmungen des Staatsangehörigkeitsrechts. Hierbei handelt es sich in erster Linie um politisch Verfolgte, bei denen vom Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit abgesehen wird. (Hauptherkunftsländer waren: Iran mit 57 Personen, Afghanistan mit 46 Personen und Vietnam mit 16 Personen).
Wer politisch nicht verfolgt wird, hat es da schwerer. In Artikel 2, § 87 des Ausländergesetzes heißt es erstens, dass von der Voraussetzung der Aufgabe der ursprünglichen Staatsbürgerschaft abgesehen wird, wenn das Herkunftsland ein Ausscheiden aus seiner Staatsangehörigkeit nicht vorsieht. Weiterhin wird von der Aufgabe der ursprünglichen Staatsangehörigkeit abgesehen, wenn der Ausländer die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der EU besitzt und Gegenseitigkeit besteht.
Dieses harmlose Wort „Gegenseitigkeit" bedeutet, dass die doppelte Staatsbürgerschaft gegenseitig akzeptiert wird. Demnach wird in Deutschland unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit eingebürgert, wenn Gegenseitigkeit mit einem anderen EU-Land besteht.

Identitätsverlust

Das auswärtige Amt hat sich an die anderen Mitgliedstaaten der EU gewandt, um die Frage der Gegenseitigkeit rechtsverbindlich auf amtlichem Wege zu klären. Die Klärung muss noch abgewartet werden, nach derzeitigem Kenntnisstand sind Staatsangehörige von Griechenland, Großbritannien, Irland und Portugal begünstigt.
Ich bin davon überzeugt, wenn dieses Prinzip der Gegenseitigkeit auch auf andere EU-Länder anwendbar sein wird, werden die Einbürgerungsanträge ganz schnell in die Höhe schnellen. Und wenn es auf EU-Länder übertragbar ist, was spricht dann dagegen, dieses Prinzip auf alle Länder zu übertragen? Denn nicht der Nachweis deutscher Sprachkenntnisse und der anderen Voraussetzungen zur Einbürgerung sind die Hemmschwelle, sondern der Zwang, seine ursprüngliche Staatsangehörigkeit aufzugeben. Er hindert viele Menschen daran, überhaupt einen Antrag auf Einbürgerung zu stellen.
Gerade bei denen, die schon über 30 Jahre hier leben, bedeutet der Verlust der ursprünglichen Staatsangehörigkeit auch einen Identitätsverlust. Das einzig richtige ist, diese Menschen so zu akzeptieren wie sie sind. Sowohl als auch. Sie haben einen Anspruch darauf.

Tassia Fouki-Friedl

VIER JAHRZEHNTE MIGRATION

Alt geworden in zwei Heimatländern: türkisches Ehepaar beim Einkaufen in der Goethestraße.

Vor fast 40 Jahren begann Deutschland mit dem Anwerben ausländischer ArbeitnehmerInnen. Es kamen junge, gesunde Menschen mit dem Ziel, genug Geld für den Aufbau einer Existenz im Heimatland zu verdienen und anschließend zurückzukehren.

Während der folgenden Jahre wurden Familienangehörige nachgeholt, weil man glaubte, zusammen mit dem Ehepartner schneller das nötige Geld für die Rückkehr zu verdienen. Nach ein paar Jahren wurde die Sehnsucht nach den Kindern, die man bei den Großeltern zurückließ, so groß, daß auch sie nachgeholt wurden.
Diese Menschen haben - meist unbewußt - ihren Lebensmittelpunkt immer stärker nach Deutschland verlagert. Eine Rückkehr wurde immer schwieriger, weil man die Kinder nicht von der Schule nehmen wollte und auch für sie eine Existenzgrundlage im Heimatland schaffen wollte. Mit dem Anwachsen der Ziele und Wünsche für eine Rückkehr verlängerte sich auch die Aufenthaltsdauer. Der sorgsam gehegte Wunsch nach einem besseren Leben in der Heimat hat insbesondere die Pioniere der ersten Stunde vergessen lassen, daß sie alt werden.

Aus vier Jahren wurden vierzig

Gerade die ersten, die vor fast vierzig Jahren nach Deutschland kamen stehen jetzt vor der Verrentung oder sind bereits in Rente. Kaum einer von ihnen hätte gedacht, daß aus anfänglichen vier nun fast vierzig Jahre werden sollten und sie sich Gedanken über ihren Lebensabend machen müssen. Viele von ihnen werden nicht endgültig zurückkehren - weil die engsten Familienangehörigen bereits hier leben und weil sie auf die ärztliche Versorgung in Deutschland nicht verzichten wollen.
Deshalb haben viele der älteren MigrantInnen sich den Lebensabend so gestaltet, daß sie zwischen der alten und der neuen Heimat hin und her pendeln und sich in beiden Ländern aufhalten. Bei Gesprächen mit sogenannten PendlerInnen erfährt man immer wieder, daß diese

Menschen das Gefühl von Heimweh sehr verinnerlicht haben und, egal in welchem Land sie sich aufhalten, immer Heimweh verspüren. Dennoch erwecken viele von ihnen den Eindruck, endlich glücklich darüber zu sein, daß sie wenigstens im Alter ihren Hunger nach ihrer Heimat sättigen und so lange bleiben können, wie sie es wollen. Interessant ist, daß, z.B. in der Türkei, Pendler häufig die Nähe zueinander suchen und in einem Stadtviertel wohnen. In ihren Gesprächen geht es sehr oft um Deutschland, insbesondere um die deutsche Ordnung, die Reinlichkeit und um die Kinder und Enkelkinder, die in Deutschland leben, daum, was sie sehr vermissen und worauf sie sich freuen, wenn sie wieder für ein paar Monate nach Deutschland fahren.

Ärztliche Versorgung lieber in Deutschland

Erschreckend ist aber, daß sie alle über gesundheitliche Leiden klagen, und bei ihnen die Sorge darum zu erkennen ist, wer sie pflegen wird, wenn sie zu einem Pflegefall werden. Ein Großteil von Ihnen weiß nichts über Angebote im Bereich Altenhilfe, für viele gilt, das Altenhilfe gleich Altenheim bedeutet. Lieber wollen sie sterben, als in ein Altenheim zu gehen. Dennoch steht für viele fest: wenn es ihnen gesundheitlich nicht gut geht, dann wollen sie in Deutschland leben, weil hier die ärztliche Versorgung besser ist als in der Heimat.

Wir wissen nicht, ob diese Menschen jemals Pflegefälle werden oder einen Platz in einem Altenheim in Anspruch nehmen. Wir Grüne müssen diese Entwicklung sorgfältig beobachten und frühzeitig Konzepte vorlegen, um ein adaequates Netz der Altenhilfe für Migranten aufzubauen.

Der Stadtrat hat sich in den letzten Jahren mehrmals mit Anträgen zu diesem Thema befaßt. Leider sind immer wieder Klagen laut geworden, daß alte MigrantInnen die bestehenden Altenhilfe-Programme nicht in Anspruch nehmen. Viele gestalten ihren Lebensabend nach ihren Wünschen - was auch bedeutet, daß sie für längere Zeiten in der Heimat leben oder sich sehr stark in ihre eigenen Freundes- und Kulturkreise zurückziehen. Die Isolierung von der deutschen Umwelt kann jedoch bewirken, daß Probleme unerkannt bleiben.

Altenpflege braucht kulturspezifische Kenntnisse

Sichtbar ist, daß viele der alten MigrantInnen in einer sehr schlechten gesundheitlichen Verfassung sind und viele von ihnen im Alter einen erheblichen Hilfe- und Pflegebedarf in Deutschland aufweisen werden. Um diesen Menschen die nötige Hilfestellung geben zu können, müssen insbesondere in Pflege- und Heilberufen auch die nötigen Kenntnisse über migrationsspezifische, kulturelle, religiöse und soziale Hintergründe der älteren MigrantInnen geschaffen werden. Ein solches Hintergrundwissen würde die Arbeit mit den älteren MigrantInnen nicht nur im Hinblick auf die Krankenpflege sondern auch in Bezug auf die zukünftige Altenpflege erleichtern. Ein sehr guter Beitrag hierzu wäre, Vertreter der 2. bzw. 3. Ausländergeneration für Pflege- und Heilberufe sowie für Altenarbeits- und Altenpflegeberufe zu motivieren. Mit der Ausbildung von ausländischem Pflegepersonal könnte außerdem dem akuten Personalmangel in der Altenpflege begegnet werden.

Sedef Özakin

EIN ANTIFASCHISTISCHER SOMMER

WIE DIE GRÜNE FRAKTION MIT DEM THEMA „RECHTSEXTREMISMUS“ UMGEHT

Dass der Rechtsextremismus nicht nur ein Thema fürs „Sommerloch“ ist, beweisen die Versuche der NPD, sich mit Kundgebungen und Infoständen als ganz normale Partei im Münchner Straßenbild zu präsentieren.

Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die NPD-Kundgebung am 30. September war angemessen - besonders wenn man bedenkt, wie schwierig in München an einem sonnigen Samstag zu mobilisieren ist. Problematisch ist es allerdings, wenn Politiker parteiübergreifend zu Zivilcourage und Protest gegen Rassismus aufrufen und die Polizei diesen Protest dann ziemlich unsanft zur Seite drückt. Etliche Leute, die am 30.9. zum Marienplatz gekommen waren, um gegen die NPD zu demonstrieren, beschwerten sich über das harte Eingreifen der Polizei. Die Grüne Stadtratsfraktion hat beantragt, diesen Polizeieinsatz genau zu untersuchen.

Nachdem es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Gewalttaten gegen AusländerInnen und Punks gekommen war, beantragte die Grüne Fraktion bereits im Januar, dem Stadtrat einmal jährlich über rechtsextreme Aktivitäten in München zu berichten - nicht nur über einschlägige Straftaten, sondern über die gesamte Entwicklung der Nazi-Szene. Der erste Bericht wird dem Kreisverwaltungsausschuss noch in diesem Jahr übergeben werden. Man darf gespannt sein, ob er Neues enthält.

Im Juni beantragten wir nach Presseberichten über ein sogenanntes Jaudesfeuer in Obermenzing (auch Judas- oder Judenfeuer genannt; hierbei wird symbolisch eine Menschenpuppe aus Stroh verbrannt), Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen zukünftig nicht mehr zu genehmigen, wenn ein antisemitischer Charakter nicht ausgeschlossen werden kann. Das zuständige Baureferat hat mittlerweile zugesagt, derartige Rituale in Zukunft nicht mehr hinzunehmen.

Das erhöhte Medieninteresse im Sommer nutzten wir zu einer viel beachteten

„Presse-Rundfahrt zu Brennpunkten rechtsextremer Aktivitäten“, die vor allem die häufig unterschätzte Rolle der in München ansässigen DVU als finanzielles Rückgrat und publizistisches Netzwerk für die Naziszene in ganz Deutschland in den Mittelpunkt rückte. In einem Brief bat ich die Postbank München, ihre Geschäftsbeziehungen zur DVU, die mindestens zwei Konten bei der Postbank unterhält, abzubrechen

Auch die „10 Thesen für eine zukunftsfähige Einwanderungspolitik“ des AK Einwanderer und Flüchtlinge fanden Resonanz bei der Presse und den Besuchern unserer Website. Ein Schreiben an die Innenminister Schily und Beckstein zielte in die gleiche Richtung, und forderte die Humanisiserung der Politik gegenüber Minderheiten. Denn wer behauptet, weit über neunzig Prozent der Asylsuchenden seien Wirtschaftsflüchtlinge, der muß sich nicht wundern, daß es auf Deutschlands Straßen Leute gibt, die auf Schmarotzerjagd gehen. Die offizielle Asylpolitik und Teile der Ausländerpolitik wirken auf Rechtsradikale wie Rechtfertigungsargumente: ich helfe, Deutschland ausländerfrei zu machen.

In diesen Zusammenhang gehört auch der Antrag, in München an einem zentralen Ort eine würdige Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus zu errichten und dazu einen Wettbewerb auszuloben, denn der Platz der Opfer des Nationalsozialismus erscheint in seiner ungünstigen Lage eher als Verlegenheitslösung. Auch der Beschluß der Landeshauptstadt, die im Krieg hier eingesetzten ZwangsarbeiterInnen zu entschädigen, entstand aus einer Initiative der Grünen gemeinsam mit der SPD.

Einwanderungspolitik ist wie der Umgang mit Minderheiten ganz allgemein entscheidend für die Aussichten brauner Rattenfänger, in unserer Gesellschaft Gehör und Gefolgschaft zu finden. Nationalisten und Rassisten genau zu beobachten und ihnen die Münchner Innenstadt nicht einfach zu überlassen, ist notwendig, doch mindestens genau so wichtig ist der alltägliche Kampf um die Normalität des Zusammenlebens mit Menschen anderer Herkunft, anderer sexueller Orientierung oder Religion. Wie schön wäre es, wenn wenigstens einige Politiker, die in diesem Sommer die geballte Staatsmacht gegen die NPD und ihre glatzköpfigen Freunde in Stellung brachten, dies vor dem nächsten Wahlkampf beherzigen würden. Aber so wie es aussieht, sind sie dazu nicht in der Lage.

NPD-Kundgebung und Gegendemonstranten am 30.9. auf dem Marienplatz

Siegfried Benker

KEIN STROM AUS TEMELIN! -

STADTWERKE SOLLEN NOTFALLS VERTRAG MIT E.ON KÜNDIGEN.

Wenn der Stromkonzern E.ON (ehemals Bayernwerke) nicht verbindlich zusagt, keinen Strom aus dem tschechischen AKW Temelin an die Stadtwerke zu liefern, sollen die Stadtwerke München GmbH den Bezugsvertrag mit E.ON kündigen. Das ist das Ziel eines Antrags, den die Grüne Fraktion nach der Ankündigung von E.ON, etliche seiner Kraftwerke in Deutschland stillzulegen, gestellt hat.

Fraktionschef Siegfried Benker erinnerte daran, dass sich der Stadtrat einstimmig gegen die Inbetriebnahme des AKW Temelin in Tschechien ausgesprochen habe, weil die Sicherheitsstandards Temelins weit unter den vorgeschriebenen Sicherheitsstandards der Internationalen Atomaufsicht liegen. Auch die Stadtwerke München haben sich dazu bekannt, keinen Strom aus Temelin beziehen zu wollen.

Siegfried Benker: „Die Stadt München und die Stadtwerke müssen ihren klaren Worten zu Temelin jetzt auch Taten folgen lassen. Statt Atomstrom ist ein Fremdstrombezug aus atomstromfreier Produktion vertraglich zu sichern.“

Die Initiative „Mehr Platz zum Leben“ ist ein Projekt, das aus der lokalen Agenda 21 hervorgegangen ist. Mit viel Engagement und Phantasie haben Melly Kieweg und ihre Mitstreiter in den letzten 3 1/2 Jahren dem städtebaulich arg vernachlässigten Hans-Mielich-Platz wieder zu neuer Attraktivität verholfen: Pflanzaktionen, die Einrichtung eines Wochenmarktes, Platzfeste, ein neuer Jugendspielplatz in der Nähe - so versteht die Initiative den Begriff „nachhaltige Entwicklung“ mit Leben. Bis 2002 wird der Platz vollkommen umgestaltet - dann gibt’ s ein großes Einweihungsfest. Am 9. November um 14 Uhr feiert schon mal der Wochenmarkt mit einem großen Marktfest seine Gründung.

Mehr Platz zum Leben, Foto: Kieweg

Unser Foto zeigt von links nach rechts Baureferent Horst Haffner, Herrn Süßmeier von der „Münchner Aktion Gesund Städte“, Melly Kieweg und S. Wanie von „Mehr Platz zum Leben“ sowie die Landschaftarchitektin Rita Lex-Kerfes bei der Präsentation des siegreichen Entwurfs für die Umgestaltung.

DER TRANSRAPID:

MIT HÖCHSTGESCHWINDIGKEIT IN DIE PLEITE

Nicht schlecht gestaunt hat die Grüne Fraktion, als ihr Koalitionspartner im Rathaus sich plötzlich mit der CSU in einen Wettlauf um die vehementeste Forderung nach dem Transrapid für München begab.

Es ist ein kommunalpolitisches Stereotyp: Wenn Bund oder Freistaat hohe Investitionen für ein kommunales Projekt in Aussicht stellen, gehen wie automatisch die Finger der Bürgermeister nach oben und alles ruft: „hier!“. An die Folgekosten denkt bei so einer Investitionsspritze erst mal niemand. Diesen gedanklichen Aussetzern haben die Münchner z. B. etliche U-Bahn-Kilometer in den Außenbezirken zu verdanken, deren Bau zwar hoch subventioniert wird, deren Betrieb aber jedes Jahr zig Millionen verschlingt.

Dieser Mechanismus ist offensichtlich auch beim Transrapid wirksam. Die Bundesregierung hat sich nach dem Aus für die Trasse Hamburg - Berlin in den Kopf gesetzt zur Förderung des Exports ein oder zwei Referenzstrecken zu bauen. Die Bedürfnisse und Notwendigkeiten eines attraktiven und möglichst wirtschaftlichen Personennahverkehrs stehen dabei eher im Hintergrund. Auch ist fraglich, ob eine Referenzstrecke in Deutschland noch gebraucht wird, denn aller Voraussicht nach werden die Verhandlungen über eine Transrapidtrasse in Shanghai demnächst abgeschlossen.

Obwohl der Öffentlichkeit bisher nur die Kurzfassung einer Vorstudie über die Umsetzung des Transrapids vorliegt und etliche Fragen völlig ungeklärt sind, sah sich OB Ude veranlasst, bei den Verkehrsministerien in Berlin und München Interesse an einer Transrapidstrecke zu signalisieren. Wenigstens hat die rot-grüne Stadtratsmehrheit nun beschlossen, zunächst die Beantwortung dieser Fragen abzuwarten, bevor die Stadt sich auf eine konkrete Position zu dem Projekt festlegt. Unklar ist z.B., wer die zu erwartenden Betriebskostendefizite tragen soll, wie sich der Transrapid auf die anderen ÖPNV-Verkehrsmittel und deren Auslastung auswirken würde, und welche Umweltbelastungen zu erwarten sind. Bündnis 90/Die Grünen - rosa liste gehen nach wie vor davon aus, dass die Beantwortung dieser Fragen dazu führen wird, dass der Transrapid nicht nach München kommt.

Boris Schwartz

Rüstungsexporte und Menschenrechte – ein Widerspruch

mit *Claudia Roth* Mdb, B 90/Die Grünen
und
Herrn Reinhardt Krauss-Maffei-Wegmann

Fr. 10.11., 19.30 Uhr im Hofbräukeller am Wiener Platz (U.Bhf. Max-Weber-Platz)

Ist die Ökosteuer ok?

Ein Streitgespräch zwischen

Christine Scheel MdB, B 90/Die Grünen,
Vorsitzende des Finanzausschusses

und

Johannes Singhammer, MdB,
Vorsitzender der Münchner CSU

Moderation: Leo Klotz, Vorsitzender B 90/Die Grünen in München

Montag, 30. Oktober 2000, 19.30 Uhr
Unionsbräu, Einsteinstr. 42 (U-Bahn Max-Weber-Platz)

TERMINE

Kreisverbände:

Do. 9.11., 20 Uhr:
KV München-West, Luisengarten, Orthstr. 13

Mi. 22.11., 19.30 Uhr:
KV München-Süd, Bürgersaal Fürstenried, Restaurant „To Steki“

Do. 16.11., 19.00 Uhr:
KV München-Nord, Mils Sportrestaurant, Hans-Denzinger-Str. 2

Di. 21.11., 19.30 Uhr:
KV München-Ost: im Hai (Nebenraum der Gaststätte), Rosenheimerstr. 123

Mi. 8.11., 19.00 Uhr:
Workshop zum Hans-Mielich-Platz
In der Osram-Kantine am Candidplatz

Arbeitskreise:
Alle Arbeitskreise finden, soweit nicht anders angegeben, in den Räumen der Stadtratsfraktion im Rathaus, Zi. 154 statt.

Mi. 8.11., 18.30 Uhr:
AK Sozialpolitik

Do. 9.11., 18.00 Uhr:
Kommunalpolitisches Forum
(Treffen der Bezirksausschussmitglieder)

Do. 16.11., 17.30 Uhr:
AK Energie

Mi. 22.11., 18.00 Uhr:
AK Einwanderinnen und Flüchtlinge

Glasherz auf der Theresienhöhe

Veranstaltung der grünen Stadtfraktion zum Investorenwettbewerb in der Bauleitplanung

am Donnerstag, 30.November 2000 um 19.00 Uhr
in der Ratstrinkstube (im Rathaus beim Pförtnereingang am Fischbrunnen)

mit *Christiane Thalgott*, Stadtbaurätin und *Gabi Friederich*, Kommunalreferentin
sowie evtl. ein/e VertreterIn eines Bezirksausschusses
und einem Investor eines größeren Bauvorhabens (Riem oder Theresienhöhe)

Seit einigen Jahren wird in München bei größeren Bauvorhaben wie Riem, Theresienhöhe oder Ackermannbogen folgendes Verfahren gewählt: Bevor der Bebauungsplan endgültig beschlossen wird, führen die Investoren einen Architekturwettbewerb für ihre Bauvorhaben durch (sog. Realisierungswettbewerb). Erst wenn die Ergebnisse des Wettbewerbs feststehen, wird der Bebauungsplan beschlossen. Von diesem Verfahren erhofft man sich zum einen eine höhere gestalterische Qualität der Bauten und zum anderen praxisnähere Bebauungspläne, die nicht nachträglich noch etliche Male geändert werden müssen. In der Veranstaltung soll eine Bilanz gezogen werden, ob die Ziele erreicht werden und wie das Verfahren aus Sicht von Verwaltung, Investoren und Bürgern und Bezirksausschüssen, die sich in das Bebauungsplanverfahren einbringen wollen, bewertet wird.

Grüne Anlaufstellen:

STADTRATSFRAKTION
Bündnis 90/Die Grünen – rosa Liste,
Tel: 233 92 620, Fax: 290 41 05
presse@gruene-muenchen-stadtrat.de
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Geschäftsstelle
Elke Büttner

Fraktionsvorsitzende
Siegfried Benker
Jutta Koller

Grünes Stadtbüro
(täglich von 15-18 Uhr),
Baumstr. 4, 80469 München
Tel.: 201 44 88, Fax: 202 18 14
e-mail: stadtbuero@gruene.m.uunet.de
http://www.gruene.de/muenchen

MitarbeiterInnen
Annette Louis,
Liane Rohen,
Petra Tuttas

Stadtvorsitzende
Leo Klotz, Lydia Dietrich

Büro 3. Bürgermeister
Hep Monatzeder,
Tel. 233 92 482
Büroleitung
Stefan Scholer

Kreisverband München-Nord
Anja Berger,
Tel.: 18 70 36 26

Kreisverband München-Ost
Erwin Saint Paul,
Tel.: 44 8 8 6 7 2

Kreisverband München-Mitte
Anja Högl,
Tel.: 65 11 33 06 oder 0179 295 82 39
e-mail: 320064232647-001@t-online.de

Kreisverband München-Süd
Uwe Kramm, Tel. 71 14 15 37
e-mail: KVMuenchenSued@gmx.de

Kreisverband München-West
Hanna Strohmaier, Tel.: 14 96 96 10

Grüne Jugend München
Markus Sippl, Tel. 930 33 88
Markus@gjm.de

Sara Haußleiter, Tel. 901 39 671
sara@gjm.de

Internet: www.gjm.de

Impressum

Inhaber und Verleger:
Stadtratsfraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Marienplatz 8,
80331 München,

Redaktion MAMBA:
Markus Viellvoye (verantwortl.),
Christine Kugler, Alexandra Weiß,
Sedef Özakin, Stefan Scholer

Die Zeitung ist für Mitglieder der Münchner Grünen kostenlos.

Der Bezug im Jahresabo kostet derzeit DM 18,-/
Einzelpreis DM 3,-

Konzeption: Bernd Haak
Titellogo: Barbara Rueff
Druck: Ulenspiegel Druck und Verlag,
Besengassl 4, 82346 Andechs
Auflage: 2000